

»Und plötzlich bist du Terrorist!«

Eine internationale Untersuchung politischer Morde

Als ehemalige US-Kolonie führen die Philippinen im Marschschritt mit der Bush-Administration einen gnadenlosen »Kampf gegen den kommunistischen Terror« – dagegen regt sich nun auch verstärkt international Kritik.

Rainer Werning

Marie Hilao-Enriquez, eine schmächtige Mitfünfzigerin, ist ein Energiebündel, wenn es darum geht, die Machenschaften der Mächtigen ihres Landes anzuprangern. Das war so während der Marcos-Diktatur (1966-86). Und das trifft erst recht seit Januar 2001 zu, als Gloria Macapagal-Arroyo in den Präsidentenpalast Malacañang zu Manila einzog. »Allein seit dem Amtsantritt der Präsidentin«, sagt Marie in einem langen Gespräch am 24. März 2007, »haben wir 839 Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen dokumentiert. Die Opfer waren allesamt Menschen, die sich für die sozialen Belange unseres Volkes einsetzten – Bauernführer/innen, die für Land kämpften; Arbeiter- und Gewerkschaftsführer/innen, die für angemessene Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen eintraten; engagierte Kirchenleute, Rechtsanwälte, Journalist/innen, selbst Ärzte in abgelegenen Provinzen, die einfachen Menschen Rechtsbeistand leisteten und sie gegen staatliche Willkür und militärische Übergriffe schützen wollten«.

»Unter Marcos«, erklärt Marie, die seit 1995 der philippinischen Menschenrechtsorganisation Karapatan als Generalsekretärin dient, »saß ich selbst knapp zwei Jahre lang im Gefängnis. Während dieser Zeit kam dort mein erstes Kind zur Welt. Eine meiner Schwestern wurde entführt, vergewaltigt, gefoltert und ermordet. Zahlreiche meiner Freund/innen verloren damals ihr Leben. Die Verantwortlichen dieser Verbrechen wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Das darf nicht vergessen werden.« Seit dem Marcos-

Sturz hat sich Marie der Menschen- und Bürgerrechtsarbeit in ihrem Land verschrieben. Mitte März, gerade rechtzeitig zur Eröffnung der Zweiten Philippinen-Sitzung des Ständigen Tribunals der Völker in Den Haag (siehe Kasten), ist Marie aus Washington angereist. Dort war sie als Zeugin während einer US-Senatsanhörung über politische Morde in den Philippinen geladen. Und in Den Haag trat sie ebenfalls als eine Zeugin der Anklage auf.

Antikommunistischer Kitt

Außergerichtliche Hinrichtungen, allgegenwärtige politische Repression, wachsende Militarisierung, anhaltende Straffreiheit und Täterschutz für (para-)militärische Einheiten in einem Land, dessen Bevölkerung heute ärmer ist als am Ende der Marcos-Diktatur, sind mittlerweile zum Markenzeichen der Regierung Arroyo geworden. Lange Zeit schaute man im Ausland weg. Unkenntnis und Fehleinschätzungen der Lage waren aus Sicht der Ausrichter und Jury des Den Haager Tribunals mitverantwortlich dafür, dass die Regierung in Manila in engster Abstimmung mit der Regierung der USA, ungeniert und unter Missachtung der Menschen- und Bürgerrechte den »Kampf gegen den Terror« und heute den »Feldzug gegen den kommunistischen Terror« exekutieren.

Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verstärkten die US-Truppen auch ihre Präsenz im Süden der Philippinen, wo Washington Anfang 2002 offiziell die nach Afghanistan »zweite Front im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus« eröffnete. Zunächst sollte dort gemeinsam mit Einheiten der philippinischen Streitkräfte (AFP) gegen die Abu Sayyaf-Gruppe vorgegangen werden. Gleichzeitig existierten in der Region mit der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) und der Neuen Volksarmee (NPA), des bewaffneten Arms der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), zwei Organisati-

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien. Gemeinsam mit Niklas Reese ist er Mitherausgeber des 2006 im Horlemann Verlag (Unkel/Bad Honnef) erschienenen »Handbuch Philippinen – Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur« (384 Seiten, 14,90 Euro).

onen, die Manila und Washington seit langem ein Dorn im Auge sind. Kopfzerbrechen bereitet deren Strategen die taktische Kooperation zwischen MILF und NPA, die gemeinsam über mindestens 25.000 Kombattant/innen verfügen.

Seit Anfang 2002 ist eine ständig fluktuierende, zahlenmäßig nicht genau bekannte Zahl von US-Spezialeinheiten im Süden des Landes stationiert, um philippinische Sonderkommandos auszubilden oder deren Truppen im Rahmen gemeinsamer Militärübungen, so genannter *Balikatan* (Schulter-an-Schulter)-Manöver, effektivere Methoden im »Kampf gegen den kommunistischen Terrorismus« zu lehren. *Counterinsurgency* (Aufstandsbekämpfung) ist das Gebot der Stunde, und ihr wohlklingender Name lautet »*Oplan Bantay Laya*«, »Operationsplan Freiheitswacht« (OBL). Diese Art des »Sicherheitsbestands« ließ sich Washington bislang über 300 Millionen US-Dollar kosten. Am 23. Juni 2006 erklärte Frau Arroyo in ihrer Eigenschaft als Oberkommandierende der Streitkräfte vor Offizieren, binnen zwei Jahren werde der »kommunistische Aufruhr« besiegt sein. Dies, so die innenpolitisch höchst umstrittene Arroyo wörtlich, »ist der Kitt, der uns eint«. Umgehend machte sie zusätzlich umgerechnet 20 Millionen US-Dollar für den OBL locker.

Ihre Kritiker/innen müssen seit Anfang März unter dem Damoklesschwert des Antiterror-Gesetzes leben, das beschönigend *Human Security Act of 2007* heißt. »Demonstriert du dagegen«, so Marie Hilao-Enriquez, »kann es schnell sein, dass du auf einmal als Kommunist oder Terrorist giltst.«

»Abschlachten wehrloser Nicht-Kombattanten«

»*Knowing the Enemy*« (»Den Feind erkennen«) heißt der Titel einer Powerpoint-Präsentation, die im AFP-Hauptquartier erstellt wurde und seit Anfang 2005 landesweit die Runde macht – eingesetzt von manisch-repressiven Offizieren, die ihre Lebensaufgabe und Karrierechancen ausschließlich in der »Ausrottung des kommunistischen Terrors« sehen. Wie kein anderer AFP-Offizier verkörperte Generalmajor Jovito Palparan bis zu seiner Pensionierung im September 2006 den Garanten einer Haudegenpolitik, die Regierungskritiker/innen in den Philippinen und in den USA als »Todesschwadron-Demokratie« bezeichnen.

Wenngleich es der Präsidentin bislang nicht glückte, Palparan zum Vizevorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates zu machen, lobt sie unumwunden dessen »Verdienste für die nationale Sicherheit« und lässt sich von dem General gern beraten. Die von Palparan maßgeblich mitgestaltete Powerpoint-Präsentation ist eine umfangreiche »*order of battle*«, eine Art Gefechtsanweisung und Auflistung jener Personen, die das Militär ins Visier genommen und als »Kommunisten« beziehungsweise »CPP-Sym-

pathisanten« buchstäblich zum Abschuss freigegeben hat.

Betroffen sind nicht nur tatsächliche oder vermeintliche Anhänger/innen der CPP. »*Oplan Bantay Laya* zielt eindeutig auf die Dezimierung der nicht-militärischen Segmente der kommunistischen Bewegung«, schrieb der landesweit bekannte Kolumnist Amando Doronila bereits am 21. Juni 2006 in der auflagenstärksten Tageszeitung *Philippine Daily Inquirer*: »Dieser Plan«, so Doronila weiter, »ist nicht etwa dazu ausersehen, der Neuen Volksarmee im offenen Kampf auf dem Schlachtfeld entgegen zu treten. Dieser Plan sieht vielmehr das Abschlachten wehrloser Nicht-Kombattanten vor. Es ist deshalb ein verabscheuenswürdiger Plan, weil er sich gezielt gegen Zivilisten richtet, um eigene Verluste im Militär und in der Polizei so gering wie möglich zu halten. Oberstes Ziel dieser Strategie ist es, legale Organisationen zu »neutralisieren«. Dies erklärt, warum die Opfer der vergangenen fünf Jahre unbewaffnete Mitglieder der Linken waren.«

Aktivist/innen der im Kongress vertretenen linken Gruppierungen Bayan Muna (Das Volk zuerst) und Anakpawis (Kinder des Schweißes) bilden denn auch die Hauptzielscheibe dieser »unbewaffneten Mitglieder der Linken«. Satur Ocampo, ein 67-jähriger Veteran des Anti-Marcos-Kampfes und heute der angesehenste unter den wenigen linken Kongressabgeordneten, wurde als Führer von Bayan Muna Mitte März in einer Nacht-und-Nebel-Aktion inhaftiert. Gegen ihn und 50 weitere exponierte Regierungsgegner/innen hatte ein Provinzgericht eine Anklage konstruiert, er sei vor 22 Jahren (Ocampo saß zu der Zeit als politischer Häftling des Marcos-Diktatur in Haft) mitverantwortlich für tödliche Säuberungen innerhalb der CPP gewesen. Als Sicherheitskräfte versuchten, den Inhaftierten Nachts aus der Zelle zu entführen, um ihn aus der Stadt zu fliegen, bangten Freunde Ocampos mit Recht um sein Leben. Im



Aktivistin fragt sich: Wer ist hier der Terrorist?

Quelle: philippintribunal.org

letzten Moment glückte es Ocampos Anwälten, beim Obersten Gerichtshof eine Eilverfügung zu erwirken, woraufhin er in Manila bleiben durfte und gegen Zahlung einer Kaution auf freien Fuß gesetzt wurde. Weniger Glück hatte bislang Ocampos Kollege von der Anakpawis. Der große alte Mann der philippinischen Gewerkschaftsbewegung, der 75-jährige Arbeiterführer und Kongressabgeordnete Crispin Beltran, ist seit Anfang 2006 im Hospital eines Militärgefängnis unter dem Verdacht eingesperrt, vor einem Vierteljahrhundert, noch während der Marcos-Diktatur, eine Rebellion angezettelt zu haben. Bereits im Herbst letzten Jahres erhoben neben amnesty international und *Human Rights Watch*, Botschafter

von EU-Ländern in Manila, Kirchen in den USA und Kanada selbst strikt antigewerkschaftlich eingestellte Großunternehmen wie WalMart und Gap Inc. sowie andere in den Philippinen tätige internationale Großunternehmen schwere Vorwürfe gegen die Regierung in Manila und forderten einen Stopp der Tötungen. Im Februar war es dann Professor Phillip Alston, der als UN-Sonderberichterstatter über außergerichtliche Hinrichtungen in den Philippinen nach Manila reiste und sich noch kritischer äußerte. Alston sprach von strukturellen Schwächen der staatlichen Sicherheitskräfte, Zeugenschutz zu gewährleisten, Straffreiheit für Täter aufzuheben und die Verbrecher zu ergreifen.

Das Ständige Tribunal der Völker verurteilt die Regierungen in Manila und Washington

Das Ständige Tribunal der Völker (Permanent Peoples' Tribunal, PPT) ist eine internationale Einrichtung, die unabhängig von staatlichen Instanzen besteht. Es untersucht Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen die Rechte von Völkern. Gegründet wurde das PPT im Juni 1979 im italienischen Bologna, wo es heute sein Sekretariat unterhält. Zu den Gründerpersonen zählten international renommierte Rechtsexperten, Schriftsteller, Kulturschaffende und herausragende politische Aktivisten aus 31 Ländern – darunter fünf Nobelpreisträger. Die Anfänge des PPT reichen in die 1960er Jahre zurück, als die Bertrand Russell-Tribunale zu Vietnam (1966-67) und den Militärdiktaturen in Lateinamerika (1974-1976) tagten. Die Bedeutung der (juristisch nicht einklagbaren) Entscheidungen des PPT basieren auf seinem moralischen Gewicht sowie der Anerkennung und Glaubwürdigkeit, die das Tribunal in den Augen von UN-Organisationen genießt.

Bereits im zweiten Jahr seines Bestehens fand 1980 die 1. Philippinen-Sitzung des PPT im belgischen Antwerpen statt. Damals ging es um Klagen seitens der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP), einem aus über einem Dutzend revolutionärer Organisationen bestehenden Untergrundbündnis, und der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) gegen die herrschende Marcos-Diktatur.

Auf Drängen philippinischer Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen fand vom 21.-25. März 2007 im niederländischen Den Haag die 2. Philippinen-Sitzung des PPT statt. Die Kläger/innen wiesen vor allem auf die Vielzahl außergerichtlicher Hinrichtungen, Massaker unter Zivilisten und das »Verschwindenlassen« politisch missliebiger Personen hin, die seit dem Amtsantritt von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo stattfanden und ungesühnt blieben. Die siebenköpfige Jury aus Japan, Kolumbien, Malaysia, Norwegen, Italien, den Niederlanden und Belgien kam einstimmig zu folgendem Urteilsspruch, den der Juryvorsitzende, der emeritierte Sozialwissenschaftler und Theologe Francois Houtart vortrug:

»Die Fülle des eingereichten Beweismaterials und die umfassende schriftliche wie mündliche Dokumentation von Zeug/innen und Expertenberichten, die der Jury zugänglich gemacht wurden, hat das Tribunal zu dem Urteil veranlasst, Gloria Macapagal-Arroyo und George Walker Bush sowie ihre Regierungen in allen drei Punkten schuldig zu sprechen:

- grobe und systematische Verletzungen der bürgerlichen und politischen Rechte, außergerichtliche Hinrichtungen, Entführungen und Verschwindenlassen, Massaker und Folter;
- grobe und systematische Verletzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des philippinischen Volkes sowie
- grobe und systematische Verletzung des Rechts auf Selbstbestimmung und Befreiung.

Die philippinischen Streitkräfte sind ein struktureller Bestandteil und bilden ein entscheidendes Instrument bei der Durchsetzung der Politik des »Krieges gegen den Terror«. Das PPT wendet sich entschieden dagegen und findet es unangemessen, dass die Regierung der Philippinen einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat innehat. Das PPT wird sehr genau verfolgen, ob die Sicherheit jener Personen gewährleistet ist, die so mutig waren, als Zeugen aufzutreten und den Juror/Innen des Tribunals bei ihrer Wahrheitsfindung behilflich zu sein. Sollte auch nur einer dieser Personen etwas zustoßen, wird dafür einzig und allein die Regierung der Philippinen verantwortlich sein«.

Quelle: Rainer Werning